

Landkreis Peine

Fachdienst Ordnungswesen (16)

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit Ihrem personenstandsrechtlichen Anliegen nach Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Verantwortlich für die Verarbeitung ist der Landkreis Peine, Burgstraße 1, 31224 Peine
ordnung@landkreis-peine.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Landkreis Peine
Behördlicher Datenschutzbeauftragte/r
Burgstr. 1
31224 Peine
Telefon: 05171-4013315
E-Mail: datenschutzbeauftragter@landkreis-peine.de
Internet: www.landkreis-peine.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Im Standesamt und bei der unteren Standesamtsaufsicht werden personenbezogene Daten verarbeitet. Die Verarbeitung dient ausschließlich zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Standesamts und der Standesamtsaufsicht.

Zentrale Aufgabe des Standesamts ist dabei die Beurkundung des Personenstands einer Person nach Maßgabe des Personenstandsgesetzes (PStG). Darauf basierend werden die Personenstandsregister durch das Standesamt benutzt um personenstandsrechtliche Urkunden oder Auskünfte zu erteilen. Des Weiteren werden personenstandsrechtliche Erklärungen aufgenommen und Bescheinigungen ausgestellt. Auch ein Kirchengaustritt wird beim Standesamt auf- beziehungsweise entgegengenommen.

Aufsichtsbehörde über die Standesämter ist die Standesamtsaufsicht des Landkreises Peine. Ziel der Aufsicht ist die Gewährleistung der Recht- und Zweckmäßigkeit der Aufgabenerfüllung durch die Standesämter. Dies wird vorrangig durch umfassende Information und Beratung, aber auch durch regelmäßige Prüfungen sowie auf der Grundlage von Vorlagepflichten bei bestimmten Vorgängen erreicht.

Die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitungstätigkeiten ergeben sich auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe c und e Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit dem PStG, der Personenstandsverordnung (PStV), Art. 4 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (AGPStG), sowie entsprechenden internationalen Regelungen und bezüglich des Kirchengaustritts aus Art. 3 Abs. 4 Kirchensteuergesetz (KirchStG) sowie den ergänzenden Vorschriften des Nds. Landesdatenschutzgesetzes (NDSG).

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Andere Standesämter Familiengerichte Finanzämter Ausländische Standesämter Religionsgemeinschaften, die Körperschaft des öffentlichen Rechts sind Gesundheitsbehörden Ausländerbehörden Zeugenschutzdienststelle Landesjustizverwaltung Aufsichtsbehörden Staatsanwaltschaften Meldebehörden Statistisches Landesamt	Bundesnotarkammer, zentrales Testamentsregister Konsularische Vertretungen Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben Nachlassgerichte Sonstige Behörden oder Gerichte Jugendämter Hochschulen und andere Einrichtungen, die wissenschaftliche Forschung betreiben Personen, die gemäß §§ 62 und 63 PStG ein Recht auf Auskunft haben
--	---

Übermittelt werden dürfen nur die im Einzelfall zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der empfangenen Stelle erforderlichen Daten. Neben den gesetzlich vorgegebenen Daten darf die Standesamtsaufsicht weitere beurkundete oder im Zusammenhang mit der Beurkundung erhobene Daten mitteilen, soweit diese zur gesetzmäßigen Aufgabenerfüllung der empfangenen Stelle erforderlich sind (§ 62 Abs. 4 PStV).

Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Personenstandsrechtliche Vorgänge sind, ausgenommen Unterlagen in den Sammelakten, beim Standesamt dauerhaft aufzubewahren. Protokollierungen werden 4 Jahre, nach Ablauf des Jahres, in dem der Zugriff erfolgt ist, aufbewahrt und anschließend vernichtet. Kirchengaustritte sind 30 Jahre aufzubewahren. Akten über die Aufsicht und Prüfungen sind 30 Jahre, Statistiken der Standesamtsaufsicht sind 10 Jahre aufzubewahren.

Pflicht zur Angabe der Daten

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus dem PStG sowie der PStV.

Der Landkreis Peine benötigt Ihre Daten, um das Personenstandsrecht im Rahmen seiner Aufsichtsfunktion vollziehen zu können. Wenn Sie die erforderlichen personenbezogenen Daten nicht angeben,

- kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden
- kann nach § 69 PStG ein Zwangsgeld festgesetzt bzw. gemäß § 70 PStG ein Bußgeld verhängt werden.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person bei der Ausländerbehörde München gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO, §§ 46 – 48 PStG).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO § 64 PStG).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, wird geprüft, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Sie haben das Recht sich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde für Niedersachsen zu beschweren (Art. 77 DSGVO):

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstraße 5, 30159 Hannover, 0511 120 45 00, poststelle@ldf.niedersachsen.de